

## **Erläuterung der UBU zum Antrag vom 23.01.2017**

Wir möchten Ihnen unseren Antrag kurz erklären. Wir finden es zunächst einmal wichtig festzustellen, dass sich der Antrag nicht gegen die SPD oder gegen einzelne Personen richtet.

In unserer Haushaltsrede haben wir seinerzeit verdeutlicht, dass wir zu den Investitionen in die Attraktivität der Stadt stehen, dass wir kaum Möglichkeiten sehen, alleine durch Einsparungen zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen, ohne diese Attraktivität zu gefährden, und dass wir daher die Erhöhung der Grundsteuer und Gewerbesteuer, sowie die Einführung des Gästebeitrags befürworten.

Die SPD hält dem entgegen, dass ausreichend Sparmöglichkeiten bestehen, um ohne Erhöhung der Einnahmen einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Sie hat daher konsequent den Haushaltsplan 2017 abgelehnt.

Wir verfolgen mit unserem Antrag das Ziel, den Bürgern deutlich zu machen, wie die Positionen der einzelnen Parteien zu Sparmaßnahmen bzw. zu Einnahmenerhöhungen sind. Wir versprechen uns von dem Antrag, dass die SPD uns verdeutlicht, wo sie Sparmöglichkeiten sieht. Unserer Meinung kann es sich dabei in erster Linie nur um Einschränkungen von Angeboten handeln, es sei denn die SPD legt dar, dass unwirtschaftlich gehandelt wurde und für bestimmte Angebote zum Beispiel zu viel bezahlt wurde.

Wir möchten, dass transparent wird, entweder welche Angebote nach Meinung der SPD gestrichen werden sollten und wie die einzelnen Parteien dazu stehen oder wo schlecht gewirtschaftet wurde.

Wir denken diese Form der Transparenz tut dem Rat gut und verdeutlicht den Bürgern, dass durchaus im Rat unterschiedliche Meinungen bestehen.

Wir würden uns daher sehr freuen, wenn die SPD ihre Vorstellungen darlegt und im Rat darüber kontrovers diskutiert wird.